

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 25 (2000)
Heft: 4

Rubrik: Thema

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Thema

Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende": Tagung vom 3. November mit Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss in Bern

Die Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende" hat am 3. November zu einer Sitzung eingeladen, an welcher auch Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss eine Rede gehalten hat. Erschienen sind zahlreiche Vertreter von Kantonen und Gemeinden. Wir möchten an dieser Stelle die Rede Frau Dreifuss' in Deutsch und Französisch abdrucken:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich, heute bei Ihnen sein zu dürfen, um den Gedankenaustausch mit der Stiftung, ihren Mitgliedern und den Vertretern der Kantone über ein für die Gesellschaft so wichtiges Thema zu fördern. Ich freue mich auch, dass eine solche Begegnung zwischen der Stiftung und den für die mit den Fahrenden zusammenhängenden Fragen zuständigen Verantwortlichen der Kantone heute erstmals stattfindet. Die Stiftung zeigt so, dass sie das ihr vom Bundesrat und dem Parlament übertragene Mandat ernst nimmt, das darin besteht, zur **Verbesserung der Vernetzung und der Koordination zwischen den verschiedenen, für die mit den Fahrenden zusammenhängenden Fragen zuständigen staatlichen Akteure** beizutragen und zusammen Lösungen für ihre Probleme zu suchen. Wir wissen alle aus Erfahrung, dass eine derartige **Zusammenarbeit für die Fahrenden von entscheidender Bedeutung** ist, die noch zu oft feststellen müssen, dass sich niemand für sie verantwortlich fühlt und dass sich alle von ihren Fragen und ihren Problemen abwenden, da ihre Kultur und ihre Lebensweise oft mit den gesetzlichen Vorschriften (Zonenpläne, Aufenthaltsbewilligungen; Arbeitsbewilligungen, Schulpflicht), den gesellschaftlichen Strukturen und den kulturellen Normen der sesshaften Mehrheit im Widerspruch stehen.

In der ganzen Schweiz besteht ein Bedürfnis, die Probleme der Fahrenden zu lösen, insbesondere dasjenige des **Mangels an Stand- und Durchgangsplätzen**. Was bedeutet das?

Es heisst in erster Linie, dass die **Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden** (durch die interkantonalen und interkommunalen Organisationen) verbessert werden muss. Ausser einigen Ausnahmen (Einreise ausländischer Fahrender in die Schweiz, Arbeitsrecht und Bundesgesetz über den reisenden Handel, Konfrontation mit der Vergangenheit „Kinder der Landstrasse“) **hängen die mit den Fahrenden zusammenhängenden Fragen** nämlich ausschliesslich von den Kantonen und Gemeinden ab (ausser den Standplätzen denke ich insbesondere an die Schule). Das hatte bereits die Kommission für soziale Sicherheit des Nationalrates im Jahre 1990 aufgezeigt, als sie sich mit den durch das Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse verursachten Härtefällen und den gegenwärtigen Problemen der Fahrenden aufgrund eines Berichts einer Studienkommission des EJPD befasste. Sie hatte trotzdem aber auch erklärt, dass **der Bund ebenfalls eine Verantwortung für die Ausarbeitung von Rahmenbedingungen und globalen Massnahmen trägt und dass er eine Koordinationsfunktion sicherstellen kann**. Die Kommission hatte deshalb die Schaffung einer unabhängigen Stiftung vorgeschlagen, die auf einem Bundesgesetz beruht, in der die Behörden auf allen Ebenen und die Fahrenden zusammenarbeiten und die als **nationales Koordinationsorgan** gemeinsame Lösungen für die Schul-, Platz- und Beschäftigungsprobleme ausarbeitet. Die Stiftung stellte ein **Angebot des Bundes an die Kantone und Gemeinden** dar. Die Gespräche mit den am meisten betroffenen Kantonen, den Gemeindeverbänden und dem Verband der Schweizer Städte haben dann eine breite Übereinstimmung über die Schaffung einer Stiftung aufgezeigt, die mit Koordinations- und Vermittlungsaufgaben betraut ist. Das **EDI**, das mit der Einrichtung

Thema

der Stiftung beauftragt wurde, hat der Wahl der Gemeinde- und Kantonsvertreter grosse Bedeutung beigemessen, um ein richtiggehendes Bindeglied zwischen allen Verantwortlichen und eine wirksame Verfolgung der Vorschläge der Stiftung zu gewährleisten. Diese Aufgabe hat sich als schwierig erwiesen. Es brauchte deshalb einige Zeit, um die Mitglieder des Stiftungsrats zu finden und zu ernennen, damit die Stiftung ihre Tätigkeit 1997 aufnehmen konnte. Mitglieder der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und der Konferenz der kantonalen Direktoren des Sozialwesens vertreten die Kantone im Rat. Die Gemeinden sind durch zwei Mitglieder der schweizerischen Gemeindegruppe vertreten und der Bund durch das Bundesamt für Kultur und das Seco, die Fahrenden durch fünf Mitglieder der Radgenossenschaft.

Die Stiftung besteht jetzt seit 3 Jahren. Man muss feststellen, dass sich die Zusammenarbeit als schwieriger erweist als vorausgesehen. Gemeinden und Kantonen, die sich bereits zugunsten der Fahrenden einsetzen (gewisse Kantone haben zum Beispiel Kommissionen für mit den Fahrenden zusammenhängende Probleme geschaffen: VS, VD, TI) standen andere gegenüber, die der Frage keine Bedeutung beimassen. Ohne Solidarität wird sich nichts ändern und auch dann nicht, wenn es immer die gleichen Kantone und Gemeinden sind, die sich für Standplätze einsetzen. Ganz im Gegenteil: eine Konzentration der Fahrenden auf zu wenig zahlreichen und zu kleinen Standplätzen würde darauf hinaus laufen, dass kleine Gemeinden zu stark beansprucht werden. Dies verursacht Konflikte und führt leider manchmal auch zur Schliessung dieser Standplätze. Es gibt zum Beispiel immer mehr Konflikte mit den ausländischen Fahrenden und ihren zahlreichen Wohnwagen: wenn gutwillige Gemeinden und Private (zum Beispiel die Bauern) mit ausländischen Fahrenden schlechte Erfahrungen gemacht haben, stecken sie alle Fahrenden in den gleichen Sack, sogar diejenigen, welche die

Regeln befolgen, und gestatten ihnen den Aufenthalt bei ihnen nicht mehr. Dies war zum Beispiel diesen Sommer in der Region Bern/Emmental der Fall. Da greift die Stiftung ein. Ihre Mitglieder müssen sich noch mehr engagieren und sich auf folgende Aufgaben fokussieren: Sensibilisierung und Überzeugungsarbeit an Ort und Stelle, Angebote für die Unterstützung und Vernetzung, Forum für den Erfahrungsaustausch, Vermittlung in Konfliktfällen, Öffentlichkeitsarbeit, politische Arbeit und Austausch mit den kantonalen Konferenzen und den anderen interkantonalen und interkommunalen Organen. Die Instrumente bestehen bereits, es geht darum, sie zu benutzen, und zwar gezielt.

Die an die Stiftung gestellten Erwartungen sind gross, sowohl von Seiten der Fahrenden, als insbesondere auch auf Seiten der Kantone und Gemeinden. Die Stiftung kann selbst keine Standplätze schaffen, aber sie kann die Energien und den guten Willen mobilisieren. Das setzt aber voraus, dass alle Vertreter des Staates in der Stiftung ihre Verantwortungen übernehmen und die in ihre Zuständigkeitsbereiche fallenden Aufgaben vermehrt sicherstellen. Das ist die Bedingung, damit die Stiftung auf kommunaler und kantonaler Ebene ein Netz von Spezialisten und Kontaktpersonen aufbauen kann, die mit ihr zusammenarbeiten und die sie dann unterstützen kann.

Das EDI wünscht deshalb, dass diese Konferenz der Ausgangspunkt eines regelmässigen Erfahrungsaustauschs sei und dass sie dazu beitragen möge, die Koordination und den gegenseitigen Halt zu verbessern.

Ich weiss, wie anspruchsvoll diese Aufgaben und wie schwierig Ihre Mission ist. Um so mehr bin ich Ihnen für die von Ihnen geleistete Arbeit dankbar. Danke für Ihren Einsatz!

Bern, den 3. November 2000

Thema



Mesdames, Messieurs,

Je suis heureuse d'être parmi vous aujourd'hui pour promouvoir ses échanges avec la fondation, ses membres et les représentants des cantons sur un thème aussi important pour la société. Je me réjouis également qu'une telle rencontre entre la fondation et les responsables cantonaux des questions liées aux gens du voyage se tienne aujourd'hui pour la première fois. La fondation montre ainsi qu'elle prend au sérieux le mandat que lui ont confié le Conseil fédéral et le Parlement, c'est-à-dire contribuer à améliorer la mise en réseau et la coordination entre les différents acteurs de l'Etat responsables des questions relatives aux gens du voyage et élaborer ensemble des solutions à leurs problèmes. Nous le savons tous par expérience, une telle collaboration est primordiale pour les gens du voyage qui constatent encore trop souvent que personne ne se sent responsable par rapport à eux, que tous se renvoient leurs questions et leurs problèmes, parce que leur culture et leur mode de vie se heurtent souvent aux réglementations légales (plans de zone, permis de séjour, permis de travail, scolarisation obligatoire), aux structures sociales et aux normes culturelles de sa majorité sédentaire.

Il existe dans toute la Suisse un besoin de mesures visant à résoudre les problèmes des gens du voyage, notamment celui du manque d'emplacements d'aires de passage. Qu'est-ce que cela signifie? Cela signifie en premier lieu qu'il faut améliorer la collaboration avec les cantons et les communes (par le biais des institutions et des organes intercantonaux et intercommunaux). En effet, mis à part quelques exceptions (entrée en Suisse des gens du voyage étrangers, droit du travail et loi fédérale sur le commerce itinérant, confrontation avec le passé "enfants de la grand-route"), les questions liées aux gens du voyage dépendent exclusivement des cantons et des communes (outre les aires de stationnement, je pense en particulier à l'école). C'est ce qu'avait déjà indiqué la Commission de la sécurité sociale du Conseil national en 1990, lorsqu'elle s'était penchée sur les agissements lourds de conséquence de l'Oeuvre d'entraide pour les enfants de la grand-route et sur les problèmes actuels des gens du voyage sur la base d'un rapport d'une commission d'étude du DFJP. Elle avait néanmoins expliqué que la Confédération portait également une responsabilité concernant l'élaboration de conditions-cadre et de mesures globales et qu'elle pouvait assurer une fonction de coordination. La commission avait donc proposé la création d'une fondation indépendante basée sur une loi fédérale au sein de laquelle les autorités à tous les

Thema

niveaux et les gens du voyage collaborent et qui élabore, en tant qu'**organe national de coordination**, des solutions communes aux problèmes scolaires, d'emplacement et d'emploi. La fondation constituait une **offre de la Confédération aux cantons et aux communes**. Les entretiens avec les cantons les plus concernés, les associations communales et l'union des villes suisses ont ensuite montré un large accord quant à la création d'une fondation chargée de tâches de coordination et de médiation. Le **DFI**, auquel fut confié la mise en place de la fondation, a accordé beaucoup d'importance au choix des représentants communaux et cantonaux afin de garantir un véritable lien de tous les responsables et un suivi efficace des propositions de la fondation. Cette tâche s'est avérée difficile; il a donc fallu quelque temps pour trouver et nommer les membres du conseil de fondation et pour que la fondation puisse débuter ses activités en 1997. Des membres de la **Conférence des directeurs cantonaux de justice et police et de la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sociales** représentent les cantons au sein du conseil. Les communes sont représentées par deux membres du **Groupement suisse des communes**, la Confédération par l'**Office fédéral de la culture** et par le seco, des gens du voyage par cinq membres de la **Radgenossenschaft**.

La fondation existe depuis maintenant 3 ans. **Force est de constater que la collaboration s'avère plus difficile que prévu.** Face aux communes et aux cantons qui s'engagent déjà en faveur des gens du voyage (certains cantons ont par exemple créé des commissions questions relatives aux gens du voyage: VS, VD, TI), il y en a d'autres qui n'accordent aucune importance à la question. Rien ne changera sans **solidarité** et si ce sont toujours les mêmes cantons et communes qui s'engagent pour les places de stationnement. Bien au contraire: une concentration de gens du voyage sur des emplacements trop peu nombreux et trop exigus revient à solliciter trop de petites communes; cela provoque des conflits et conduit parfois aussi,

malheureusement, à la fermeture de ces emplacements. Il y a par exemple de plus en plus de conflits avec les gens du voyage étrangers et leurs nombreuses caravanes: lorsque les communes et les particuliers de bonne volonté (les paysans par exemple) ont fait de mauvaises expériences avec des gens du voyage étrangers, ils mettent tous les gens du voyage dans le même sac, même ceux qui respectent les règles, et ne les autorisent plus à séjourner chez eux. Ce fut le cas cet été par exemple dans la région Berne/Emmental. C'est là qu'intervient la fondation. Ses membres doivent s'engager encore davantage et se focaliser sur les tâches suivantes: sensibilisation et travail de persuasion sur place, offres de soutien et de mise en réseau, forum pour échanger des expériences, médiation en cas de conflits, travail de relations publiques, travail politique et échanges avec les conférences cantonales et les autres organes intercantonaux. Les instruments sont là, il faut les utiliser, et de manière ciblée.

Les attentes concernant la fondation sont grandes, de la part des gens du voyage mais surtout de la part des cantons et des communes. La fondation ne peut, par elle-même, créer des emplacements, mais elle peut mobiliser les énergies et les bonnes volontés. Mais cela suppose que tous les représentants de l'Etat au sein de la fondation prennent leurs responsabilités et **assument davantage les tâches relevant de leur domaine de compétences.** C'est la condition pour que la fondation parvienne à mettre en place, aux niveaux communal et cantonal, un réseau de spécialistes et de personnes de contact qui collaborent avec elle et qu'elle peut alors soutenir.

Le DFI souhaite ainsi que cette conférence soit le point de départ d'un échange régulier d'expériences et qu'elle contribue à améliorer la coordination et l'appui mutuel.

Je sais à quel point ces tâches sont exigeantes et votre mission difficile. Je vous suis d'autant plus reconnaissante du travail que vous fournissez, merci de votre engagement!